30.6.2022 - Gesetzgebung Pressemitteilungen

Nationaler Rat beschließt weitere Maßnahmen

Am 29.6.2022 ist der Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Berlin zusammengekommen. Die Mitglieder haben sich auf Grundlage ihrer **„Gemeinsamen Verständigung" von Juni 2021** auf eine Agenda geeinigt, die weitere Schritte für einen verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung für die nächsten zwei Jahre festlegt.

Bundesweite Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne

So wird der Nationale Rat wichtiger Partner der vom Bundesfamilienministerium und der Unabhängigen Beauftragten entwickelten **bundesweiten Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne** werden. Diese soll im Herbst starten. Gemeinsames Ziel ist, das Thema Kinderschutz in die grundständige Ausbildung aller relevanten Berufe zu bringen.

Für die Entwicklung und Umsetzung **wiederkehrender Dunkelfelderhebungen** soll ein „Zentrum für Prävalenzforschung zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen" eingerichtet werden. Darüber hinaus enthält die Agenda Maßnahmen für

- spezifische und bedarfsgerechte Hilfen für Betroffene von sexualisierter Gewalt,
- eine kindgerechtere Justiz**,**
- den Schutz vor sexueller Ausbeutung mittels digitaler Medien,
- spezifische Hilfen für minderjährige Betroffene des Menschenhandels.

Den Nationalen Rat gibt es seit Dezember 2019

Der Nationale Rat setzt sich für ein dauerhaftes und entschlossenes Handeln zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung und für bessere Hilfestrukturen für Betroffene ein. Beteiligt sind Verantwortungsträgerinnen und -träger aus Politik, Wissenschaft, Fachpraxis, Zivilgesellschaft sowie Betroffene. Das Gremium auf Spitzenebene mitsamt fünf thematischen Arbeitsgruppen umfasst **insgesamt über 300 Mitwirkende**.

Seit der **Konstituierung im Dezember 2019** durch das Bundesfamilienministerium und dem damaligen Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs arbeitet der Nationale Rat zu den

Schwerpunktthemen Schutz, Hilfen, kindgerechte Justiz, Schutz vor Ausbeutung, internationale Kooperation sowie Forschung und Wissenschaft. Im Koalitionsvertrag hat die Regierungskoalition vereinbart, den Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt zu verstetigen. Weitere Informationen finden Sie unter: www.nationaler-rat.de

Die „Agenda 2022-2023“ sowie die „Gemeinsame Verständigung“ des Nationalen Rates finden Sie unter: www.nationaler-rat.de/de/ergebnisse

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ vom 29.6.2022